

Gemeinde Magden AG

Strassen - Reglement

Ausgabe 2000

INHALTSVERZEICHNIS

1	ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN	1
	§ 1	1
	Geltungsbereich	1
	§ 2	1
	Zweck	1
	§ 3	1
	Übergeordnetes Recht	1
2	STRASSENEINTEILUNG	1
	§ 4	1
	Verkehrsrichtplan	1
2.1	Einteilung nach Benützung	2
	§ 5	2
	Kantons- und Gemeindestrassen	2
	Privatstrassen im Gemeingebrauch	2
	Privatstrassen	2
2.2	Einteilung nach Erschliessungsfunktion	2
	§ 6	2
	Erschliessungsfunktion	2
	Basiserschliessung	2
	Groberschliessung	2
	Feinerschliessung	2
3	BEGRIFFSDEFINITIONEN UND ANFORDERUNGEN	3
	§ 7	3
	Erstellung	3
	Änderung	3
	Erneuerung	3
	Unterhalt	3
	§ 8	3
	Anforderungen	3
4	ÜBERNAHME VON PRIVATSTRASSEN	3
	§ 9	3
	Übernahme	3
	Voraussetzungen	4
5	FINANZIERUNG	4
5.1	Allgemein	4
	§ 10	4
	Finanzierung	4
	§ 11	4
	Form	4
	§ 12	4
	Mehrwertsteuer	4
	§ 13	4
	Verjährung	4
	§ 14	4
	Beitragspflichtige	4

	§ 15	5
	Verzug, Rückerstattung _____	5
	§ 16	5
	Härtefälle, besondere Verhältnisse, Zahlungserleichterungen _____	5
5.2	Erschliessungsbeiträge _____	5
	5.2.1 Kosten _____	5
	§ 17	5
	Kosten _____	5
	5.2.2 Beitragsplan _____	6
	§ 18	6
	Beitragsplan _____	6
	§ 19	6
	Auflage und Mitteilung _____	6
	§ 20	6
	Vollstreckung _____	6
	§ 21	6
	Bauabrechnung _____	6
	§ 22	6
	Beitragspflicht _____	6
	§ 23	7
	Fälligkeit _____	7
	5.2.3 Öffentlich-rechtlicher Vertrag _____	7
	§ 24	7
	Öffentlich-rechtlicher Vertrag _____	7
5.3	Verteilung der Kosten _____	7
	§ 25	7
	Kostenanteil _____	7
	Basiserschliessung _____	7
	Groberschliessung _____	7
	Feinerschliessung _____	8
	§ 26	8
	Anlagen mit Mischfunktion _____	8
	§ 27	8
	Kostenverteilung _____	8
	§ 28	9
	Finanzierung des Unterhalts _____	9
6	RECHTSSCHUTZ UND VOLLZUG _____	9
	§ 29	9
	Rechtsschutz, Vollstreckung _____	9
7	SCHLUSSBESTIMMUNG _____	9
	§ 30	9
	Inkrafttreten _____	9

Die Einwohnergemeinde Magden, gestützt auf § 20 Abs. 2 lit. i des kantonalen Gesetzes über die Einwohnergemeinde (Gemeindegesezt, GG) vom 19. Dezember 1978 und § 34 Abs. 3 des kantonalen Gesetzes über Raumplanung, Umweltschutz und Bauwesen (Baugesezt, BauG) vom 19. Januar 1993

beschliesst:

1 ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

§ 1

Geltungsbereich

Das Strassenreglement gilt im Baugebiet

- für alle öffentlichen Strassen im Eigentum des Kantons und der Gemeinde und
- für Privatstrassen im Gemeingebrauch inkl. Privatstrassen, die von der Gemeinde übernommen werden sollen.

§ 2

Zweck

Das Strassenreglement regelt

- die Strasseneinteilung,
- die Begriffsdefinitionen und Anforderungen,
- die Übernahme von Privatstrassen und
- die Finanzierung.

§ 3

*Übergeordnetes
Recht*

Die einschlägigen Vorschriften des eidgenössischen und kantonalen Rechts bleiben vorbehalten.

2 STRASSENEINTEILUNG

§ 4

Verkehrsrichtplan

Der Gemeinderat legt die Strasseneinteilung (Erschliessungsfunktion) im Verkehrsrichtplan fest.

2.1 Einteilung nach Benützung

§ 5

*Kantons- und
Gemeindestrassen*

¹ Kantons- und Gemeindestrassen inkl. öffentliche Fuss- und Radwege dürfen durch jedermann unentgeltlich und ohne besondere Erlaubnis benützt werden. Der Gemeindegebrauch kann allgemeinverbindlichen Einschränkungen unterstellt werden, namentlich zur Wahrung der Sicherheit, zur Gewährleistung der Ausübung der Grundrechte sowie zum Vollzug der Umweltschutzvorschriften.

² Jede über den Gemeindegebrauch hinausgehende Benutzung durch Private ist nur mit Bewilligung durch die Gemeinde und gegen Gebühr zulässig.

*Privatstrassen im
Gemeindegebrauch*

³ Privatstrassen im Gemeindegebrauch können wie Gemeindestrassen durch jedermann benützt werden. Jede über den Gemeindegebrauch hinausgehende Benutzung durch Private ist nur mit Bewilligung durch die Gemeinde zulässig.

Privatstrassen

⁴ Privatstrassen sind nicht dem Gemeindegebrauch zugänglich.

2.2 Einteilung nach Erschliessungsfunktion

§ 6

*Erschliessungs-
funktion*

Die Strassen werden betreffend Erschliessungsfunktion in Basis-, Grob- und Feinerschliessung eingeteilt.

Basiserschliessung

Kantonsstrassen

- Verbindungsstrasse (VS):
Verbindungsstrassen haben zwischenörtliche Bedeutung. Sie verbinden den Verkehr zwischen Ortschaften und können auch ausser- und innerhalb von Ortschaften Sammel- und Erschliessungsfunktionen übernehmen.

Groberschliessung

Gemeindestrassen

- Quartiersammelstrasse (QSS):
Quartiersammelstrassen haben zwischenörtliche und örtliche Bedeutung. Sie sammeln den Verkehr aus den Quartierserschliessungsstrassen und führen ihn zu Strassen höheren oder gleichen Typs.

Feinerschliessung

Gemeindestrassen/Privatstrassen im Gemeindegebrauch

- Quartierserschliessungsstrasse (QES):
Quartierserschliessungsstrassen haben quartierinterne Bedeutung. Sie erschliessen einzelne Parzellen oder Gebäude und führen den Verkehr zu Strassen höheren oder gleichen Typs. Daneben können sie auch gewisse Sammelfunktionen übernehmen.

3 BEGRIFFSDEFINITIONEN UND ANFORDERUNGEN

§ 7

Erstellung

¹ Als Erstellung gilt der Neubau einer Strassenverbindung. Dazu zählt auch der Neubau einer Strasse auf dem Trasse eines Flurweges.

Änderung

² Als Änderung gelten die wesentlichen, baulichen Verbesserungen und Anpassungen einer Strasse (z.B. Strassenentwässerung, Strassenverbreiterung, Einbau von Strassenabschlüssen) und der Strassenrückbau.

Erneuerung

³ Als Erneuerung gilt, wenn die Massnahmen Arbeiten zur Verbesserung der Tragfähigkeit des Oberbaus einer Strasse umfassen.

Unterhalt

⁴ Der Unterhalt umfasst insbesondere die Arbeiten zur Instandhaltung der vorhandenen baulichen Substanz einer Strasse, die Reinigung, die Pflege der Bepflanzung und Grünflächen, den Winterdienst sowie die Öffnung und Wiederherstellung nach ausserordentlichen Ereignissen.

§ 8

Anforderungen

¹ Die Anforderungen an Erstellung, Änderung und Erneuerung von Strassen richten sich nach dem Baugesetz und den dazugehörigen Verordnungen sowie der Praxis der Gemeinde.

² Wo keine Vorschriften bestehen, gelten die VSS-Normen als massgebende Richtlinie (siehe Anhang "Typische Lichtraumprofile").

4 ÜBERNAHME VON PRIVATSTRASSEN

§ 9

Übernahme

¹ Mit Zustimmung privater Eigentümerinnen und Eigentümer übernimmt die Gemeinde bestehende, parzellierte Privatstrassen, die den technischen Anforderungen ihrer Erschliessungsfunktion entsprechen und an denen ein öffentliches Interesse besteht, zu Eigentum und Unterhalt.

² Die Abtretung hat grundsätzlich unentgeltlich und lastenfrem zu erfolgen. Die Kosten der Handänderung können in einem Beitragsplan oder öffentlich-rechtlichem Vertrag festgelegt werden.

Voraussetzungen

³ Ein öffentliches Interesse besteht namentlich, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind:

- Erschliessung von Baugebiet,
- Durchgangsstrasse,
- Erschliessung von öffentlichen Bauten und Anlagen,
- Fuss- und/oder Radwegverbindung mit öffentlichem Charakter und
- Trasse für öffentliche Ver- und Entsorgungsleitungen.

5 FINANZIERUNG

5.1 Allgemein

§ 10

Finanzierung

An die Kosten für Erstellung, Änderung und Erneuerung der Strassen erhebt der Gemeinderat von den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern Erschliessungsbeiträge.

§ 11

Form

Die Finanzierung der Erschliessungsanlagen kann mittels eines Beitragsplanes oder eines öffentlich-rechtlichen Vertrages geregelt werden (§ 37 Abs. 3 BauG).

§ 12

Mehrwertsteuer

Alle festgelegten Abgabentarife verstehen sich ohne Mehrwertsteuerzuschlag. Die von der Gemeinde für ihre Leistungen zu erbringende eidgenössische Mehrwertsteuer wird den Abgabepflichtigen zusätzlich zu den Abgaben auferlegt. Sie wird separat ausgewiesen und ist mit der Abgabenverfügung zur Zahlung fällig.

§ 13

Verjährung

Bezüglich der Verjährung gilt § 78a VRPG.

§ 14

Beitragspflichtige

Zur Bezahlung der Abgaben sind diejenigen Personen verpflichtet, denen im Zeitpunkt des Eintritts der Beitragspflicht laut Grundbuch das Eigentum zusteht.

§ 15

*Verzug,
Rückerstattung*

¹ Für Abgaben, die bis zum Verfalltag nicht bezahlt sind, wird ohne Mahnung ein Verzugszins berechnet. Es gilt derselbe Verzugszinssatz wie bei den Staats- und Gemeindesteuern für natürliche Personen.

² Soweit geleistete Abgaben zurückerstattet werden müssen, sind sie zum gleichen Ansatz zu verzinsen.

§ 16

*Härtefälle, besondere
Verhältnisse, Zahlungs-
erleichterungen*

¹ Der Gemeinderat ist berechtigt, in offensichtlichen Härtefällen oder wo die Anwendung dieses Reglements unangemessen wäre, die Abgaben ausnahmsweise anzupassen.

² Er kann Zahlungserleichterungen gewähren.

5.2 Erschliessungsbeiträge

5.2.1 Kosten

§ 17

Kosten

Als Kosten der Erstellung, Änderung und Erneuerung gelten namentlich:

- a) die Planungs-, Projektierungs- und Bauleitungskosten,
- b) die Landerwerbskosten und die Kosten für den Erwerb anderer Rechte,
- c) die Bau- und Einrichtungskosten (inkl. Beleuchtung) sowie die Kosten für Anpassungsarbeiten,
- d) die Kosten der Vermessung und Vermarkung und
- e) die Finanzierungskosten.

5.2.2 Beitragsplan

§ 18

Beitragsplan

Der Beitragsplan enthält:

- a) den Voranschlag über die Erstellungskosten,
- b) den Kostenanteil des Gemeinwesens,
- c) den Plan über die Grundstücke bzw. Grundstückflächen, für die Beiträge zu erbringen sind (Perimeterplan),
- d) die Grundsätze der Verlegung,
- e) das Verzeichnis aller zu Beitragsleistungen herangezogener Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer mit Angabe der von ihnen geforderten Beiträge (Kostenverteiler),
- f) die Bestimmung der Fälligkeit der Beiträge und
- g) eine Rechtsmittelbelehrung.

§ 19

Auflage und Mitteilung

¹ Auf Ort und Zeitpunkt der öffentlichen Auflage des Beitragsplanes ist vorgängig im amtlichen Publikationsorgan der Gemeinde hinzuweisen.

² Den Beitragspflichtigen ist die Auflage zusammen mit dem auf sie entfallenden Beitrag (inkl. Fälligkeit und Rechtsmittelbelehrung) durch eingeschriebenen Brief anzuzeigen.

§ 20

Vollstreckung

Ist der Beitrag in Rechtskraft erwachsen, ist er einem vollstreckbaren gerichtlichen Urteil gleichgestellt. Es gilt dafür ein gesetzliches Grundpfandrecht (§ 34 Abs. 5 BauG).

§ 21

Bauabrechnung

¹ Die Bauabrechnung ist vor der Verabschiedung der Kreditabrechnung durch die Gemeindeversammlung während 30 Tagen öffentlich aufzulegen.

² Sie kann innert der Auflagefrist angefochten werden. Für das Verfahren gilt § 35 Abs. 2 BauG.

§ 22

Beitragspflicht

Die Beitragspflicht entsteht mit Beginn der öffentlichen Auflage des Beitragsplanes.

§ 23

Fälligkeit

¹ Grundsätzlich wird die Fälligkeit im Beitragsplan bestimmt. Dieser kann, entsprechend dem Fortgang der Arbeiten, Teilzahlungen oder Sicherstellungen durch Bankgarantien vorsehen.

² Erschliessungsbeiträge werden frühestens mit Baubeginn der Anlage fällig, für welche sie erhoben werden.

³ Die Beiträge sind auch dann fällig, wenn gegen den Beitragsplan Einsprache bzw. Beschwerde geführt wird.

5.2.3 Öffentlich-rechtlicher Vertrag

§ 24

Öffentlich-rechtlicher Vertrag

Nebst einem Beitragsplan können Erschliessungsbeiträge im Einverständnis sämtlicher Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer auch durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Gemeinderat geregelt werden.

5.3 Verteilung der Kosten

§ 25

Kostenanteil

¹ Die Gemeinde trägt die Kosten an ihre Strassen und Wege. Daran haben die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer nach Massgabe ihren erwachsenen Sondervorteile Anteil zu leisten.

Basiserschliessung

Kantonsstrassen (Kostenanteil Gemeinde laut Dekret):

-	Verbindungsstrasse (VS)	
	Erstellung/Änderung/Erneuerung	
	. Anteil Gemeinde	100%
	. Anteil Grundeigentümerinnen/Grundeigentümer	0%

Groberschliessung

Gemeindestrassen:

-	Quartiersammelstrasse (QSS)	
	Erstellung/Änderung	
	. Anteil Gemeinde	50-70%
	. Anteil Grundeigentümerinnen/Grundeigentümer	30-50%
	Erneuerung	
	. Anteil Gemeinde	100%
	. Anteil Grundeigentümerinnen/Grundeigentümer	0%

Feinerschliessung

Gemeindestrassen/Privatstrassen im Gemeingebrauch:

- Quartierschliessungsstrasse (QES)
Durchgehende Strasse (Ringstrasse)
Erstellung/Änderung
 - . Anteil Gemeinde 30%
 - . Anteil Grundeigentümerinnen/Grundeigentümer 70%
- Erneuerung
 - . Anteil Gemeinde 100%
 - . Anteil Grundeigentümerinnen/Grundeigentümer 0%

- Quartierschliessungsstrasse (QES)
Stichstrasse
Erstellung/Änderung
 - . Anteil Gemeinde 0%
 - . Anteil Grundeigentümerinnen/Grundeigentümer 100%
- Erneuerung
 - . Anteil Gemeinde 50%
 - . Anteil Grundeigentümerinnen/Grundeigentümer 50%

- Fussweg
Erstellung/Änderung/Erneuerung
 - . Anteil Gemeinde 50-100%
 - . Anteil Grundeigentümerinnen/Grundeigentümer 0-50%

§ 26

*Anlagen mit
Mischfunktion*

Dienen Anlagen gleichzeitig der Grob- und der Feinerschliessung, so sind die Kostenanteile nach dem Verhältnis der Erschliessungsfunktion zu bemessen.

§ 27

Kostenverteilung

Im Beitragsplan/öffentlich-rechtlichen Vertrag werden die Kosten der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer nach Massgabe der ihnen erwachsenden wirtschaftlichen Sondervorteile verteilt. Dabei sind die örtlichen Gegebenheiten wie:

- Beitragsperimeter,
- Grundstücksgrösse,
- Ausnutzungsmöglichkeit,
- Bautiefe (direkt anstossende/hinterliegende Grundstücke),
- bereits oder teilweise überbaute Grundstücke,
- Erschliessung durch mehrere Strassen,
- Gehwege,

- erbrachte, weiter verwendbare Vorleistungen (zum Zeitpunkt der Erbringung ohne Verzinsung),
- usw.

zu berücksichtigen. Die Details werden im konkreten Einzelfall geregelt.

§ 28

*Finanzierung des
Unterhalts*

Die Finanzierung des Unterhalts obliegt dem Strasseneigentümer. Die Gemeinde übernimmt die Unterhaltskosten von Privatstrassen im Gemeindegebrauch.

6 RECHTSSCHUTZ UND VOLLZUG

§ 29

*Rechtsschutz,
Vollstreckung*

¹ Für den Rechtsschutz und das Verfahren gilt § 35 BauG.

² Die Vollstreckung richtet sich nach den §§ 73 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRPG) vom 9. Juli 1968.

7 SCHLUSSBESTIMMUNG

§ 30

Inkrafttreten

Dieses Reglement tritt durch den rechtskräftigen Beschluss der Gemeindeversammlung in Kraft.

Von der Gemeindeversammlung beschlossen am 16. Juni 2000.

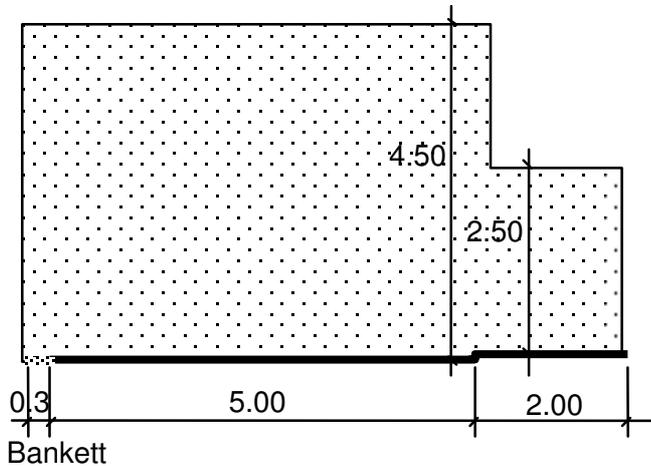
IM NAMEN DER GEMEINDEVERSAMMLUNG

Gemeindeammann
sig. Franz Gürtler

Gemeindeschreiber
sig. Robert Kaiser

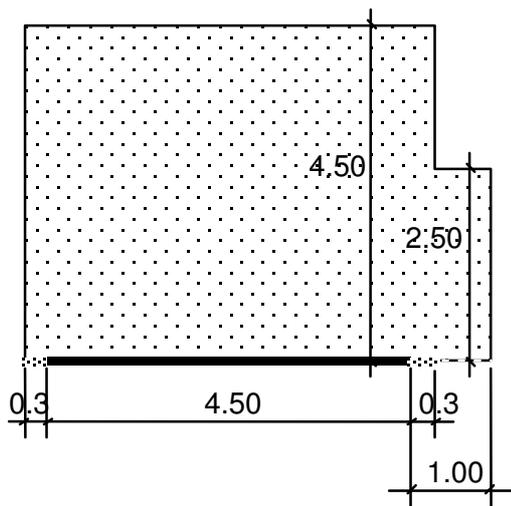
Typische Lichtraumprofile

Quartiersammelstrasse



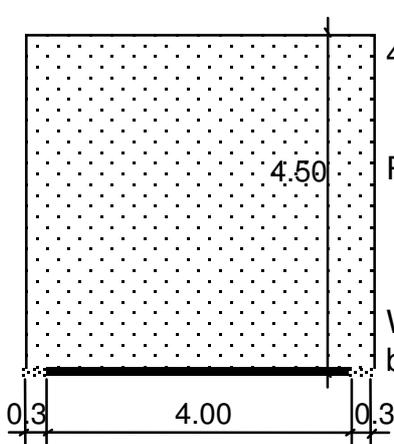
- Fahrbahnbreite
(Richtwerte): 5.00-5.50 m
 Gehweg: einseitig
 Grundbegegnungsfall:
 – Lastwagen / Personenwagen
 örtlich Lastwagen / Lastwagen
 bei reduzierter Geschwindigkeit
 Gestaltung:
 – Verkehrsberuhigende Massnahmen

Quartierschliessungsstrasse



- Fahrbahnbreite
(Richtwerte): 4.50-5.00 m
 Gehweg:
 – ev. verbreitertes Bankett ca. 1.00 m
 oder Mehrzweckstreifen als
 Fussgängerschutz
 Grundbegegnungsfall:
 – Personenwagen / Personenwagen bei
 reduzierter Geschwindigkeit
 Wendemöglichkeit:
 – Wendeplatz für Lastwagen bei
 Sackgassen
 Gestaltung:
 – Verkehrsberuhigende Massnahmen

Zufahrtsstrasse



- Fahrbahnbreite (Richtwerte):
 4.00 - 4.75 m 3.00 - 3.50 m
 Grundbegegnungsfall:
 Personenwagen
 Personenwagen Zweirad
 bei stark reduzierter
 Geschwindigkeit
 Wendemöglichkeit
 Wendeplatz in der Regel kein
 bei Sackgassen Wendeplatz

Zufahrtsweg

